



CDU-FRAKTION
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG
RHEINLAND



Die SPD-Fraktion in der
Landschaftsversammlung
Rheinland

Presseinformation

01.09.2017

Große Koalition im LVR plant weitere Entlastung der Kommunen

CDU und SPD wollen LVR-Umlagesatz für 2017 bis zu 0,75 % senken

Nachdem die Kämmerin des LVR einen Nachtragshaushalt für 2017 angekündigt hat, haben die Fraktionen von CDU und SPD beschlossen, über die von der Verwaltung geplante Umlagesenkung von 0,5 % für 2017 eine zusätzliche Senkung um weitere 0,25 % auf 0,75 % anzustreben.

Rolf Einmahl, Vorsitzender der CDU-Fraktion: „Nachdem wir im Juni bereits 275 Mio. Euro an unsere Mitgliedskörperschaften zurückgezahlt haben, freuen wir uns sehr, nunmehr die kommunale Familie im Haushaltsjahr 2017 weiter entlasten zu können. Wir stellen damit erneut unter Beweis, dass die Koalition aus CDU und SPD bei positiven Entwicklungen sofort reagiert und nicht benötigte Finanzmittel unverzüglich an die kommunale Familie zurückgibt.“

Neben der konsequenten und nachhaltigen Konsolidierung durch die GroKo macht insbesondere die überraschend positive Entwicklung im Bereich der Eingliederungshilfe diese Umlagesenkung möglich.

Prof. Dr. Jürgen Rolle, Vorsitzender der SPD-Fraktion: „Zwar schlägt die Verwaltung lediglich eine Umlagesenkung mit einem Volumen von ca. 80 Mio. Euro vor. Wir sind uns aber sicher, dass in Anbetracht der guten Konjunkturdaten und der stetigen Umsetzung der Konsolidierungsbemühungen bis zum Jahresende weitere Einsparpotenziale realisiert werden können.“

Übereinstimmend erklären Einmahl und Rolle: „Wir gehen nach den derzeitigen Fallzahlen in der Sozialhilfe davon aus, dass es auch zu Entlastungen in 2018 kommen wird. Dazu kann man sich seriös aber erst erklären, wenn klar ist, welche Aufgaben auf die Landschaftsverbände nach Verabschiedung des Ausführungsgesetzes zum BTHG zukommen.“

Sobald das Land hierzu die notwendigen Entscheidungen getroffen hat, wird es zur Frage der Umlagegestaltung für 2018 Überlegungen geben. „Und zwar schnell, denn wir stehen für faire und verlässliche Haushaltspolitik und wollen für die Kommunen schnellstmöglich Planungssicherheit schaffen,“ so Dr. Gert Ammermann und Dr. Hans Klose, finanzpolitische Sprecher von CDU und SPD.

Für telefonische Rückfragen:

Rolf Einmahl 0160 / 1554445

Prof. Dr. Jürgen Rolle 0173 / 9388947